

17. Wahlperiode

Antrag

der Piratenfraktion

Keine faulen Scheinlösungen – Gespräche mit den *Refugees* am Oranienplatz wieder aufnehmen!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

- die Gespräche unter Beteiligung der Senatsinnenverwaltung mit den Flüchtlingen auf dem Oranienplatz wieder aufzunehmen, bis für alle am Oranienplatz vertretenen Flüchtlingsgruppen eine Lösung gefunden ist. Bevor die Flüchtlinge über ein Angebot abstimmen, müssen alle offenen Fragen – Gültigkeitsdauer der Duldung, Aussicht auf Umverteilung nach Berlin, Zugang zur Existenzsicherung, genauer zeitlicher Ablauf der Einigung usw. – geklärt werden.
- ein Konzept zu entwickeln, wie der Dialog mit den sich in Berlin aufhaltenden Flüchtlingen auf eine stetige und besser legitimierte Ebene gehoben werden kann, zum Beispiel in Form einer ständigen Flüchtlingsvertretung auf Landesebene.

Im Abgeordnetenhaus ist bis zum 30.04.2014 zu berichten.

Begründung:

Am Dienstag (18. März 2013) hat der Berliner Senat eine „Einigung“ mit den seit über einem Jahr auf dem Oranienplatz protestierenden *Refugees* verkündet. Entgegen den Darstellungen des Senats lehnt die Mehrheit der Oranienplatz-*Refugees* das Angebot des Senats jedoch ab. Die präsentierte „Einigung“ ist eine Scheinlösung.

Das vom Senat vorgelegte Angebot richtet sich lediglich an eine Minderheit der Oranienplatz-Flüchtlinge, nämlich ausschließlich an die Gruppe der Lampedusa-Flüchtlinge, die in

Deutschland noch nicht registriert sind. Für alle anderen Flüchtlingsgruppen ist das vorliegende Angebot wertlos. Mit dieser „Einigung“ für einige Wenige werden die verschiedenen Flüchtlingsgruppen gegeneinander ausgespielt.

Innensenator Henkel, der an den Gesprächen weder selbst noch durch Mitarbeiter*innen seiner Verwaltung beteiligt war, hatte von Beginn an kein Interesse an einer konstruktiven Lösung. Im Gegenteil haben die Senatsinnenverwaltung unter Frank Henkel und die Berliner CDU eine vernünftige und humanitäre Lösung sabotiert. Innensenator Henkel versucht, sich auf dem Rücken der Flüchtlinge als *Law-and-Order*-Politiker zu profilieren. Andere CDU-Politiker haben mit falschen Tatsachenbehauptungen Stimmung gegen Flüchtlinge gemacht (vgl. Drucksache 17/13079).

Es ist an der Zeit, dass alle Mitglieder des Senats sich zu einer konstruktiven Lösung am Oranienplatz durchringen und Gespräche führen, bis für alle am Oranienplatz vertretenen Flüchtlingsgruppen eine tragbare Lösung gefunden ist.

Auch Diakonie und Caritas haben den Berliner Senat am Mittwoch im Anschluss an den Runden Tisch dazu aufgefordert, die Gespräche mit den Flüchtlingen vom Oranienplatz fortzusetzen.

Berlin, den 20. März 2014

Herberg Reinhardt
und die übrigen Mitglieder der
Piratenfraktion